

Podiumsdiskussion zum Innovationspark an der Uni, Teil 2

Heiße Debatten um zivile Ausrichtung von Uni, Innovationspark und Wirtschaftsstandort

Professor Weller irritiert über Forderung nach demokratischer Abstimmung über die Ausrichtung des Innovationsparks

Piratenvorstand: „Aber wenn es eben – wie wir gehört haben – um Militärtechnologie geht, ... glaube ich nicht, dass Augsburg dabei sein sollte.“	1
Professor Weller irritiert über Forderung nach demokratischer Abstimmung über die Ausrichtung des Innovationsparks.....	2
Alexander Süßmair will den Rüstungsunternehmen in Augsburg sagen: „Könntet ihr nicht vielleicht in andere Bereiche, in zivile Bereiche gehen?“	4
Private Studiengänge, eine Privat University und die Entwicklung von Drohnen stehen an.....	5
Grüne: Das geforderte Leitbild Zivilklausel, Frieden sollte zur Grundlage für die Vergabe von Grundstücken gemacht werden – ein lohnenswerter Ansatz.....	7

Augsburg, 7.6.2012. Die erste Veranstaltung in der Reihe *Zivilklausel für die Uni Augsburg?!* fand am 16. Mai in einem Hörsaal der juristischen Fakultät statt. Thema war *Idee und Zukunft des Innovationsparks*. Hier der zweite Teil unseres kommentierten Berichts, der sich mit den Beiträgen aus dem Publikum und den Antworten vom Podium befasst.¹

Piratenvorstand: „Aber wenn es eben – wie wir gehört haben – um Militärtechnologie geht, ... glaube ich nicht, dass Augsburg dabei sein sollte.“

Ein Vorstandsmitglied der Piraten im Publikum sagte: „Unsere erste Sache ist Transparenz. Die ganze Diskussion dreht sich ein bisschen darum: Was machen wir eigentlich im Innovationspark? ... interessant wäre nun, was geplant ist oder was man weiß. ... wenn in so große Projekte investiert wird, da sollten die Bürger mitreden können. Wenn es um effiziente Energien geht ... dann wäre das ein Projekt, wo jeder mitmachen kann. Aber wenn es eben – wie wir gehört haben – um Militärtechnologie geht, ... glaube ich nicht, dass Augsburg dabei sein sollte.“

Das Vorstandsmitglied der Piraten sprach sich also gegen eine militärische Nutzung des Innovationsparks aus. Er teilte uns in den darauffolgenden Tagen mit, dass es danach am Piratenstammtisch eine intensive Diskussion gegeben habe. Als Meinungsbild habe sich ergeben, dass durch Staatsgelder (Bildungsbudget) geförderte Rüstungsforschung/-Entwicklung klar abgelehnt werde. Ferner fordere man von allen involvierten Teilnehmern des Innovationsparks Transparenz. Die Einführung einer Zivilklausel wolle man vorerst noch nicht fordern, sondern erst sehen, was man mit mehr Transparenz erreichen könne.

Es ist einerseits sehr erfreulich, dass sich auch die Piraten kritisch mit dem Innovationspark befassen. Andererseits scheint es bei den Augsburger Piraten eine Linie zu geben, die Rüstungsforschung nicht generell

¹ der erste Teil findet sich hier: Podiumsdiskussion zum Innovationspark an der Uni, Teil 1: Die Stadt kollaboriert mit den Rüstungsunternehmen – Grüne und Linke sehr zögerlich gegen Militärforschung. Das Publikum will mehrheitlich keine Rüstungsforschung auf dem Gelände. Reiner Erben wirft Rüstungskonversion auf. http://www.forumaugsburg.de/s_6kultur/Wissenschaft/120606_podiumsdiskussion-uni-innovationspark-1/artikel1.pdf

ablehnt, sondern nur, wenn sie aus dem Bildungsbudget finanziert wird. Das wäre allerdings eine ziemlich problematische Position, vor allem wenn das der Grund sein sollte, warum man sich einer allgemeinen Zivilklausel nicht anschließen will. Wir wollen hier aber nicht unken, sondern sind gespannt auf die angekündigte Presseerklärung der Piraten zum Thema.

Herr Bayerle stellte im Laufe der Debatte noch einmal ganz grundsätzlich fest: „Ich möchte von meiner Seite als Statement klar herausstellen: Natürlich stehen wir zu den Unternehmen, die hier die Infrastruktur und unsere Wirtschaftsstruktur ausmachen. Das sind viele kleine und mittlere Unternehmen und es sind auch Unternehmen, mit ihren Zulieferern, die auch in Teilen im Rüstungsbereich tätig sind. Punkt.“

Damit weiß man, wie die Verwaltung bis zur Spitze hinauf tickt. Damit ist auch klar, dass es eines energischen politischen Kampfes bedarf, die Stadtverwaltung von ihren Machenschaften mit den Rüstungsunternehmen abzubringen und auch die Universitätsverwaltung von einer Militarisierung der Universität abzuhalten. Denn von einem Komplott der Stadtspitze mit der Universitätsspitze und den Unternehmerverbänden bzw. Konzernspitzen kann man u.E. getrost ausgehen. Im Grunde bestätigte dies Herr Bayerle, wenn er zum Zwecke der Einbindung der Universität in die Planung des Innovationsparks erneut eine Art *Sprecherrat* ankündigte, „wo ganz wesentlich Lehrstühle, Vertreter der Universität, Professoren zum Thema Ressourceneffizienz und dann – sicher unter breiteren Aspekten als Technologie – einen Input geben für die weitere Entwicklung“.

Um dieses Komplott knacken, ist auf kommunalpolitischer Ebene viel mehr nötig, als bisher geschah.

Wir können hier nicht die ganze Debatte, die sehr interessant war, besprechen. Angesprochen wurde zum Beispiel das Problem der *Drittmittelabhängigkeit* der Universität, die reduziert werden müsse. Aufgeworfen wurde auch, dass *Dual Use* eine *Strategie* von Rüstungsunternehmen und Instituten sei, um zivile und militärische Produktionen abzusichern.

Professor Weller irritiert über Forderung nach demokratischer Abstimmung über die Ausrichtung des Innovationsparks

Das Vorstandsmitglied der Piraten fragte noch mal nach: „Die Frage mit der Beteiligung der Studierenden wurde nicht ganz beantwortet, es ist keiner darauf eingegangen. Ich glaube schon, dass die Studierenden bei solchen Projekten zwar nicht die Entscheidung haben, welches Projekt genau durchgeführt wird, aber schon über die Richtung entscheiden sollten, ob es sich um innovative Dinge handelt oder ob es sich um



Sehr interessante Beiträge aus dem Publikum ...

Militärprojekte handelt. Also in diesem Bereich sollte es nicht nur die persönliche Entscheidung des Studenten sein, da mitzumachen. Sondern ich glaube, die Studierenden als Gruppe und die Universität als solche sollten da mitsprechen.“

Professor Weller fragte daraufhin ungläubig nach: „Und wie stellen Sie sich das vor?“ Antwort des Piratenvorstands Kusterer: „Demokratisch, per Abstimmung.“ [zustimmendes Gelächter] Weller: „Und dann?“

Kusterer: „Dann haben Sie ein Abstimmungsergebnis. Dann stehen sie da wie die Piraten und haben ein Abstimmungsergebnis und wollen das umsetzen. Und dann wissen Sie wenigstens, was sie umsetzen wollen.“
Weller: „Aber wer legitimiert denn die Mitglieder der Universität, über solche Sachen abzustimmen? Wir sind doch alle – aber wir haben inzwischen auch minderjährige Studenten –, aber die allermeisten Studierenden und Lehrenden hier sind volljährig und haben zum Beispiel eine ganz bestimmte Stadtregierung ins Amt gebracht. Ich meine, das ist doch unsere Mitentscheidung an dieser Stelle. Also deswegen bin ich ein wenig irritiert, wie sie sozusagen eine zusätzliche Legitimationsinstanz einführen wollen jetzt für die Mitglieder der Universität.“

Herr Weller wurde daraufhin aus dem Publikum darauf hingewiesen, dass es an der Universität Bremen eine *Abstimmung* zur Zivilklausel gegeben habe, die sogar ein zweites Mal in verschärfter Form bestätigt wurde.

Zu dem hatte Herr Bayerle mehrfach betont, dass die Universität von Anfang an in die Projektion des Innovationsparks einbezogen war. Das gehe bis hin zu Honorarprofessuren oder Lehraufträgen des Personals aus den Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft und der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt an der Uni. D.h., der Innovationspark mit allem Drum und Dran ist nicht nur eine Sache der Stadt Augsburg und geht nicht nur den Stadtrat etwas an, sondern auch alle Beteiligten an der Universität.

Statt den Studierenden und Lehrenden das Recht abzuspochen, in allen Belangen der Universität mitzureden und mitzuentcheiden, könnte er Weller ja auch für eine dringend notwendige Demokratisierung der Hochschulen eintreten. Ein ganz aktueller Beschluss des DGB-Bundesvorstands lautet zum Beispiel: „... nur mit demokratisch verfassten Hochschulen lässt sich eine zukunftsorientierte Form der Wissensproduktion und Wissensvermittlung entwickeln. Statt ganze Personengruppen von der Mitbestimmung auszuschließen, bedarf es der Etablierung kollegialer Leitungsstrukturen und gleichberechtigter Mitbestimmungsmöglichkeiten unter Einbeziehung aller vier Personengruppen. Dazu gehören für Hochschulen: Studierende, wissenschaftliches Personal, nichtwissenschaftliches Personal und ProfessorInnen.“²

Aber selbst wenn man Herrn Weller folgen wollte, und die Mitentscheidung der Studierenden und Lehrenden allein über die Stadtregierung verwirklichen will – so wäre das sehr undemokratisch. Denn die Studierenden Lehrenden an der Uni Augsburg kommen vielen Regionen Schwabens, d.h. die Belange der Auswärtigen wären ja durch den Augsburger Stadtrat überhaupt nicht repräsentiert. Oder soll sich dann zum Beispiel ein Student oder Dozent aus Weißenhorn im Landkreis Neu-Ulm an den dortigen Stadtrat halten, wenn er bei Angelegenheiten der Universität Augsburg oder des Innovationspark mitreden will?

Einer der beiden anwesenden Dozenten bemerkte: „... dass die Universität selbstverständlich keine städtische Einrichtung ist, sie ist keine privatwirtschaftliche Einrichtungen, sie ist eine Landeseinrichtung mit hohem Maß an Selbstverwaltung und auch mehr als formaldemokratischer Mitbestimmung all ihrer Mitglieder einschließlich der Studierenden. D.h. es ist eine Selbstverständlichkeit – ich bin selber Mitglied der Uni, ich bin Soziologe an der Uni –, es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns als Angehörige dieser Uni darüber verständigen, welche grundsätzliche Orientierung die Uni gesellschaftlich wahrnimmt. Es werden, wie gesagt wurde, ein hohes Maß an Geldern aller Steuerzahler in die Landesuniversitäten reingetan. Und insofern haben wir nicht nur die Möglichkeit, mitzuentcheiden – es ist meiner Meinung nach sogar unsere Verpflichtung als Universitätsangehörige, das in einem Diskurs zu tun. Und wenn es darum geht – es ist das Stichwort Transparenz gefallen –, dass dieser Prozess bislang wenig bis gar nicht transparent ist: Es ist nicht klar, welche Firmen beteiligt sind, es ist mir im Moment auch nicht klar, welche Rolle eigentlich hier der Universität zukommt. Herr Bayerle, sie haben gesagt, die Uni sei frühzeitig die Planung hereingenommen worden.

Also vielen Dank an die Veranstalter, an den Asta, aber mir fehlt eigentlich heute jemand aus der Unileitung. Ich sehe in der Diskussion genau das Loch ... Ich habe nämlich eine ganz wichtige Frage nach der Rolle unserer Universität und ich habe die Befürchtung, dass gerade zu einem heiklen Bereich wie dem militärischen – also heikel im ersten Sinne, dass es der geheimnisträchtigste Wirtschaftsbereich von allen ist, verständlicherweise,

² zitiert nach hib Hochschuleninformationsbüro Freiburg <http://www.hib-freiburg.de/News-Detail.607+M56f8607a3f5.0.html>

und zweitens vor dem politisch kontroversen Hintergrund – habe ich die Befürchtung, dass etwas läuft, was seit Jahrzehnten immer wieder in der Bundesrepublik gelaufen ist. Dass es geheime Kooperationen zwischen Teilen der Universität und der Industrie gegeben hat, was dieser universitären demokratischen Selbstbestimmung ja völlig zuwiderläuft. Also egal, was da geforscht würde, ob das jetzt militärisch oder was anderes ist. Diese Intransparenz, diese Gefahr sehe ich und deswegen freue ich mich, dass ihr die Veranstaltung angeboten habt, die Rolle der Universität in der Gesellschaft zwischen Ethik und Wirtschaftlichkeit. Darüber müssen wir uns jetzt leider mehr denn je verständigen. Und, Frau Berger-Fuchs, verzeihen Sie mir, aber ich sitze hier genau aus diesem Grunde, weil es sich hier *nicht* um einen Gewerbepark handelt. Da wäre mir die Zeit eigentlich zu schade drum, *leider* ist es kein Gewerbepark.“

Alexander Süßmair will den Rüstungsunternehmen in Augsburg sagen: „Könntet ihr nicht vielleicht in andere Bereiche, in zivile Bereiche gehen?“

Alexander Süßmair äußerte in der Diskussion: „... gegen Rüstungsforschung ist ja auch nichts zu sagen [!?!]. Also ich möchte vielleicht mal hier grundsätzlich was sagen. Was wir schon als ganz großes Problem sehen – und das hatten wir auch schon mehrfach im Stadtrat thematisiert –, also es geht einfach nicht, dass diese Stadt wirbt mit dem Label als Friedensstadt und durch die Gegend rennt »Wir sind die Stadt des Friedens« und dann sind wir ein gigantischer Rüstungsstandort. Und wir tun nicht mal etwas dagegen, also im Sinne von, dass wir uns Gedanken machen mit Rüstungskonversion. Dass wir zum Beispiel auch mit Unternehmen, die jetzt halt eben noch relevante Teile Rüstungsproduktion in Augsburg haben, zu sagen: »Könntet ihr nicht vielleicht in

andere Bereiche, in zivile Bereiche gehen? Könnten wir nicht versuchen, dass das, was zur Zeit als Rüstung gemacht wird, reduziert wird. Und da finde ich, sollte man nicht zu – ja, wie soll ich sagen – nicht zu blauäugig oder so ein bisschen »na ja, das entwickelt sich irgendwie und das kann jeder irgendwie entscheiden«. Es ist politisch gewollt und es wird genau in diese Richtung entwickelt, und da würde ich Ihnen, Herr Bayerle, ein bisschen widersprechen, dass



... es gab wohl Stoff zum Nachdenken auf dem Podium. Von links: Karin Berger-Fuchs (Fachforum Nachhaltige Stadtentwicklung), Alexander Süßmair (Die Linke), Reiner Erben (Grüne), Karl Bayerle (Wirtschaftsreferat), Prof. Dr. Christoph Weller (Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung)

das nicht auch etwas mit der strategischen Planung in Bayern zu tun hat. ...

Meine persönliche Meinung ist, dass es kein Zufall ist, dass wir die Debatten auf der einen Seite geführt haben mit dem Freistaat: Kriegen wir eine Uniklinik, bauen wir vielleicht hier die Umweltforschung aus, denn wir sind ja auch Umweltkompetenzzentrum? Ich glaube, dass jedem klar sein müsste, dass in Sachen Umwelt derzeit ganz viel zu klären ist. Wir haben ganz dringenden Forschungsbedarf, Sachen, die mit der Energiewende verbunden sind, Sachen, die mit Ressourcen und Rohstoffen verbunden sind. Da könnten wir in Augsburg verdammt viel machen. Wieso macht das Fraunhofer-Institut da nichts? Wieso macht man auch von MAN oder von anderen im Zivilbereich nichts was diese Produktion anbelangt und was ja dann auch zu Kosten- und Ressourceneffizienz führen würde? Nein, man macht absichtlich diese Forschung, Dual Use, mit Plan eben, sozusagen mit Vorsatz, in diesen Rüstungsbereichen, Drohnen, Panzer und dergleichen. Wir sind inzwischen

auf einem Stand weltweit mit der höchsten Rüstungsproduktion, die es jemals gab – höher noch als zu Zeiten des Kalten Krieges. Das sollte einfach mal allen zu denken geben. Diese Waffen werden auch benutzt und das sehen wir an den Kriegen in der Welt. Und wenn ich dann Zahlen höre, gerade auch vom afrikanischen Kontinent, dass jede dritte Waffe, mit der da ein Mensch erschossen wird, ein deutsches Fabrikat ist, dann kann mich das einfach nicht kalt lassen. ... Und dann wird bekannt, wir liefern 200 Panzer nach Saudi-Arabien ... Die Zukunft von ihnen und ihren Arbeitsplätzen, da muss man doch auch ein persönliches Interesse haben, das soll *zivil* sein. Es ist mir nicht egal, ob ich Waffen herstelle oder ob ich ein Windrad produziere oder effiziente Produktionstechnik.“

Private Studiengänge, eine Privat University und die Entwicklung von Drohnen stehen an

Der Autor dieses Artikels sagte in einem abschließenden Statement: „Nachdem man ja nicht genau erfährt, was hier gespielt wird und was auf uns zukommt – manchmal werden Andeutungen gemacht. So gibt es einen Innovationspark in Stade. Der Bürgermeister und Manager sind auch dorthin gefahren und sagen, sie seien schon viel weiter als wir und »da geht's lang«. Ich möchte euch nur einen Punkt sagen: In Stade gibt es bereits private Studiengänge und eine private university of applied sciences. Also in diese Richtung geht es zum Beispiel.

Einmal, nur einmal war die CSU in Bayern unvorsichtig und hat das Drohnenprojekt Talarion von EADS als das innovativste und wichtigste industrielle Projekt Bayerns bezeichnet. Das war letztes Jahr, dann war wieder Sendepause. Also aufgepasst, das ist eine Kampfdrohne, zweistrahlinger Jet, da ist was geboten.“

Aus dem Publikum kam dazu noch der Einwurf, Talarion sei keine Kampfdrohne, sondern diene nur der Aufklärung. Dazu nur soviel, was auf der Veranstaltung aus Zeitgründen leider nicht mehr gesagt werden konnte:

Erstens ist auch Aufklärung eine *militärische* Aufgabe.

Zweitens sind die Zwecke dieser Aufklärung sehr fragwürdig bzw. direkt abzulehnen. So führt ein IG Metall-Funktionär, der im Aufsichtsrat von EADS Deutschland sitzt und es also wissen muss, die Optionen an: „Talarion könne »unter anderem die Bekämpfung von Terrorismus und Piraterie, die Verhinderung illegaler Einwanderung und Drogenschmuggel sowie Hilfseinsätze im Katastrophenschutz unterstützen«, warb der EADS-Beauftragte der IG Metall, Bernhard Stiedl.“³ Talarion könnte also zum Beispiel völkerrechtswidrigen Drohnenmissionen in Afghanistan dienen unter dem Vorwand des Antiterror-Kampfes, rechtswidrigen sogenannten Anti-Piraterie-Einsätzen vor oder in Somalia, zur Flüchtlingsbekämpfung an den Außengrenzen Europas durch das EU-Frontex-Regime oder auch dem grundgesetzwidrigen zivil-militärischen Einsatz im Inneren Deutschlands, also einem als Katastrophenschutz verbrämten Heimatschutz oder großflächigen Polizeiaktionen zur Bekämpfung von Demonstrationen, Streiks und Aufständen.

Drittens kann man unseres Erachtens eine Drohne von der Größe eines Passagierflugzeuges für viele Zwecke ausrüsten. EADS als Hersteller spricht sogar offen von der Möglichkeit einer Nachrüstung der Drohne mit Waffen. Wir zitieren aus dem Tagesspiegel: „Der europäische Luft- und Raumfahrtkonzern hat bislang keine großen Drohnen im Angebot. Israelische und amerikanische Firmen teilen sich den lukrativen Markt, der großes Wachstumspotenzial verspricht. Mit Steuergeldern aus dem Verteidigungshaushalt und dem Drohnenprojekt Talarion will EADS den Anschluss schaffen. Ab 2016 sollen sechs Systeme mit je drei Drohnen und einer Bodenstation geliefert werden. Der unbemannte Flieger hat die Spannweite einer Boeing 737 und die Fähigkeit, mehr als 20 Stunden in der Luft zu bleiben. Möglich sei auch, ihn mit Waffen nachzurüsten – so das Versprechen des Konzerns.“⁴

³ Tagesspiegel 24.11.2009, zitiert nach <http://www.bits.de/public/articles/tagesspiegel/241109.htm>

⁴ ebd.

Viertens ist der Einsatzzweck dieser Großdrohne nicht bekannt, wird also geheim gehalten. Sonst müsste Omid Nouripour als Verteidigungsexperte der Grünen mit Blick auf Talarion nicht fragen: „Die Kardinalfrage wurde bisher vom Minister überhaupt noch nicht beantwortet: Für welche Aufgaben und Einsatzszenarien sollen für die Bundeswehr diese unbemannten Systeme überhaupt beschafft werden?“⁵ Also nach Jahren der Entwicklung und Produktion dieser Drohne ist der Einsatzzweck den Verteidigungsexperten in der Politik nicht bekannt.

Man kann übrigens davon ausgehen, dass wichtige Teile dieser Drohne auch in Augsburg produziert und entwickelt werden. Es kann sein, dass es sich dabei nicht nur Carbon-Strukturteile handelt, sondern um mehr. Vielleicht kommt hier auch Kuka ins Spiel oder auch Siemens, Fujitsu etc. Jedenfalls hat EADS die kleinere Drohne Barracuda insgeheim weitgehend in Augsburg hergestellt. Außerdem gibt es eine Zusammenarbeit zwischen Premium Aerotec in Augsburg und der Rüstungssparte Cassidian von EADS in Manching, wo das Projekt Talarion im Konzernverbund federführend angesiedelt ist. So heißt es zum Beispiel bei Wikipedia: „Forschung und Entwicklung: Die Premium Aerotec wird über einen eigenen Entwicklungsbereich verfügen, dessen Schwerpunkt am Standort Augsburg angesiedelt ist und der darüber hinaus über Büros in Bremen, Hamburg und Manching verfügen wird.“⁶



Der Vertreter des Wirtschaftsreferats der Stadt Augsburg Karl Bayerle wörtlich: „... es geht tatsächlich um diese Zusammenführung - diese Zusammenballung fast schon - der Wissensinstitute und der Wissensmaschinerie. Um dann einen Ort zu schaffen, und dieses Know-how, das hier vorhanden ist, möglichst nutzbringend auch den Unternehmen zur Verfügung zu stellen.“ - Es scheint tatsächlich ein düsterer Ort zu werden.

DLR Deutsches Zentrum für Luft- Raumfahrt e.V., Neubau Zentrum für Leichtbauproduktion ZLP Augsburg, gefördert durch Freistaat Bayern, Stadt Augsburg (linkes Gebäude im Bild), Neubau Fraunhofer-Projektgruppe „Funktionsintegrierter Leichtbau“ FIL Augsburg, gefördert durch Bundesministerium für Bildung und Forschung, Freistaat Bayern, Europäische Union „Investition in Ihre Zukunft“ - Europäischer Fonds für regionale Entwicklung, Stadt Augsburg (rechter Gebäudekomplex im Bild) Aufnahme 5.6.2012 21:18 Uhr

⁵ Handelsblatt 24.11.2011

⁶ http://de.wikipedia.org/wiki/Premium_AEROTEC

Grüne: Das geforderte Leitbild Zivilklausel, Frieden sollte zur Grundlage für die Vergabe von Grundstücken gemacht werden – ein lohnenswerter Ansatz

Der Autor führte in seinem abschließenden Statement noch aus: „Letzter Punkt, perspektivisch: Ich freue mich, gehört zu haben von Stadtrat Reiner Erben, der ganz klar gesagt hat: Rüstungsforschung hat auf dem Innovationspark und an der Uni nichts zu suchen und darf von der Stadt nicht gefördert werden! Das sollte man festhalten.

Wir haben ja jetzt eine Patt-Situation. Es waren die Fraktionen der SPD, Freien Wähler und Grünen, die im Wirtschaftsausschuss verhindert haben, dass die Zivilklausel abgelehnt wird. Es ist festgelegt worden, man ist so verblieben, dass man jetzt auf die Uni achtet, weil sich da was täte. Jetzt ist quasi die Uni wieder dran, aber natürlich schiebt die Stadt das auf die Uni und die Uni wieder auf die Stadt – und alle hoffen, dass nichts dabei herauskommt. Die Grünen haben einen interessanten Punkt in ihrem Antrag im Wirtschaftsausschuss und den möchte ich zum Schluss wirklich festhalten.

Sie haben gefordert, das Leitbild – das geforderte Leitbild Zivilklausel, Frieden – sollte zur Grundlage für die Vergabe von Grundstücken gemacht werden. Das halte ich für einen lohnenswerten Ansatz, weil, so weit ich informiert bin, sind die meisten Grundstücke im ganzen westlichen Teil von dem Gelände des Innovationsparks noch gar nicht verkauft. D.h., die Stadt hat einen gewaltigen Hebel in der Hand, um in einem sogenannten Qualitätshandbuch, das dem Bebauungsplan beigelegt wird, zu formulieren, dass Rüstungsforschung und Rüstungsproduktion ausgeschlossen werden, sonst werden die Grundstücke nicht hergegeben. Das ist eine *reale* Möglichkeit. Ich weiß, so wie Herr Bayerle sich geäußert hat, dass die Stadt nicht im Sinn hat, diesen Trumpf auszuspielen. Aber vielleicht kann man ja politisch dann doch in diese Richtung schieben, Herr Bayerle?“

Am Schluss vertrat eine Teilnehmerin im mittleren Alter aus dem Publikum, dass ein Studium an der Uni nicht nur zur Herstellung von Humankapital dienen sollte. Man sollte auch lernen, selber zu denken und sich dann überlegen, wofür man seine Arbeitskraft einsetzt, ob es allgemein etwas Sinnvolles ist oder dem Allgemeinwohl dient. Der Umweltkompetenzstadt Augsburg stünde es ganz gut zu Gesicht, wenn man Innovation koppeln würde mit einer Transformation der Wirtschaftsweise im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaftsweise. „Und jetzt ist meine Frage an die Politiker in der Runde: Hat man dann Angst, dass man damit Investoren vergrault? Das kann doch wohl nicht sein, das ist doch unser Standortfaktor!“

Ein jüngerer Teilnehmer sprach noch zum Komplex des Austausches zwischen Wirtschaft und Universität. Hier gebe es noch keine konkrete Planung zur Rolle der Universität und wie die Rolle der Uni in diesem Austausch gestärkt werden könne. „Weil, die Wirtschaft geht hin mit Geld und die Universität ist jemand, der Geld braucht. Und da kann man hier keine gleichwertige Austauschbeziehung schaffen. Wie ausgeführt wurde von Herrn Süßmair, ist ja anscheinend Rüstung gerade ein zentrales Interesse eben dieser Wirtschaft, und damit hat man natürlich Rüstungsinteressen da. Und jetzt zu sagen, das ist die Entscheidung des Einzelnen, ob er sich da einbringen will, das ist es eben gerade mit diesem Dual Use-Aspekt nicht mehr. Sondern um eine freie Entscheidung oder eine individuelle Entscheidung herbeizuführen, müsste man hergehen, eine Zivilklausel einführen, und eben gerade damit eine neue Forschungsstruktur schaffen. Und das wäre dann eine eigentliche freie Entscheidung und nicht, sich in diese vorhergehenden, bekannten Strukturen einzufügen.“ [Beifall]

Abschließend: Es ist schon erstaunlich, wie viele hochinteressante und wertvolle Gesichtspunkte und Beiträge in den Diskurs kommen, wenn er einmal eröffnet ist. Dafür ausdrücklichen Dank und Anerkennung an die Veranstalter, den Asta und die Initiative friedliche Uni Augsburg, die mit ihrer Veranstaltungsreihe zur Zivilklausel einen mutigen Schritt tun, diesen Diskurs in der Öffentlichkeit überhaupt zu ermöglichen. Unsere ausführliche Berichterstattung will zum einen etwas ausgleichen, dass in den örtlichen Medien über diese Veranstaltungsreihe bisher nicht berichtet wird – was bei einem Rüstungsstandort wie Augsburg kein Zufall sein muss. Zum anderen wollen wir ermöglichen, die wertvollen Diskussionsergebnisse festzuhalten, um sie

weiter zu verwenden. Diese Möglichkeit wollen wir hiermit ganz besonders auch den beiden teilnehmenden Stadträten von der Linken und den Grünen gegeben.

Peter Feininger, 6.6.2012